4. Jahrgang. Nr. 28.

Danzig, Sonnabend, den 2. Februar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Dnzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.
Monats-Abonnements 12½ Sgr.

Westpreußische Zeitung.

Mit Gott für König und Vaterland

SUUM CUIQUE

Nr. 28. 4. Jahrgang

Danzig, Sonnabend, den 2 Februar 1867.

L. Die Wichtigkeit einer allgemeinen Betheiligung an den Wahlen zum Norddeutschen Parlament

wird von einem großen Theile der nicht-fortschrittlichen Bevölkerung des preußischen Staates noch immer nicht begriffen, obgleich die Regierung zu wiederholten Malen insbesondere in Nr. 4 der Provinzial-Correspondenz darauf hinweist. Wenn Viele, die nach altpreußischer Art treu zum Könige halten, die noch gerne sich als Unterthanen ihres Königs betrachten, und ihm das Regieren überlassen möchten, sich auch noch nicht in das parlamentarische Wesen eingelebt haben, so sollte doch schon die Aufforderung, welche die Regierung unseres Königs in dem angeführten Artikel an sie richtet: „aufrichtig mit Hand anzulegen, um in Gemeinschaft mit dem Könige die Früchte der blutigen Saat des letzten Jahres bergen zu helfen" hinreichen, um die schweren verhängnißvollen Folgen abzuwenden, welche eine Nichtbetheiligung der königstreuen Bevölkerung an den Wahlen herbeiführen würde. Denn die letzten vier Jahre haben uns deutlich genug gezeigt, was Preußen zu erwarten hat, wenn die Anstrengungen der Fortschrittspartei, das durch den vorjährigen ohne Beispiel glorreichen Krieg verlorne Terrain in dem norddeutschen Parlamente wieder zu gewinnen, gelingen sollten. Die Gefahr wird uns noch klarer, wenn wir sehen, wie Viele, welche den auswärtigen Erfolgen der Politik des **Grafen Bismarck** warmen Beifall zollen, sich nach wie vor in dem souveränen Gefühle gefallen, die Regierung zu bemängeln und ihr Verlegenheiten zu bereiten, und darum sich jetzt den erklärten Gegnern der Regierung anschließen. Unser König bedarf jetzt mehr wie je der Unterstützung seines ganzen Volkes, denn ihm stehen in dem Parlament die Bevölkerungen aller andern Staaten gegenüber, die nur mit Widerstreben sich dem mächtigen Preußen unterordnen. — Welches Opfer fordert die Regierung von dem preußischen Volke? Ein sonderbarer Widerspruch liegt in dem Verhalten eines großen Theiles desselben. Auf den Ruf des Königs ließen willig und gehorsam Eltern ihre Söhne in einen verhängnißvollen Krieg ziehen, ertrug das Volk ohne Murren die unvermeidlichen Lasten; das Heer zog gefaßt und muthig in Kampf und Tod und — durch ihre Stimmen der Regierung die so unentbehrliche Unterstützung zu gewähren, an den Wahltisch zu treten, den Wahlzettel in die Urne zu legen, erscheint Vielen entweder zu geringfügig, oder ist ihnen unbequem.

Die Gegner der Regierung könnten nur durch Nichtbetheiligung des ganzen Volkes an den Wahlen siegen. Mögen sie immerhin in lächerlicher Ueberschätzung behaupten, sie verträten das Volk; unser König hat ein besseres Vertrauen zu seinem Volke, und dieses darf nicht getäuscht werden. Gerade in der direkten Wahl kommt die Stimme jedes Einzelnen weit mehr zur Geltung, als bei den Wahlen mittelst Wahlmänner. Wenn die Regierung in Nr. 4 der Provinzial-Correspondenz durch Zahlen die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens bei den Wahlen schlagend beweist, so läßt sich nicht minder der Werth jeder einzelnen Stimme in jedem Wahlorte nachweisen. Bei der bevorstehenden Wahl stehen nämlich nicht die Wahlorte gesondert da. Es ist nicht gleichgültig ob in einem Wahlorte die königstreuen Wähler überhaupt nur die Mehrheit ausmachen, es kommt vielmehr darauf an, daß der Kandidat derselben möglichst viel Stimmen erhalte, um mit dem Ueberschusse den Mangel in einem andern Wahlorte zu ersetzen. Es wäre also ein höchst gefährlicher Irrthum, den Mancher später sehr bereuen würde, wenn Jemand in der Voraussicht, daß an seinem Wahlorte auch ohne ihn der königstreue Kandidat die Majorität erhalten werde, nicht zur Wahl kommen wollte, oder wenn nicht jeder Anhänger der Regierung so viel Wähler wie möglich von der Nothwendigkeit ihrer Theilnahme an der Wahl des königstreuen Kandidaten überzeugen wollte. Aber auch umgekehrt kann in einem andern Wahlorte die königstreue Minderheit dennoch ihrer Partei zum Siege verhelfen, wenn sie nicht der irrigen Meinung ist, ihre Mitbetheiligung sei vergeblich, da in ihrem Wahlorte doch die Gegenpartei siegen werde. Nicht die einzelnen Majoritäten entscheiden, sondern erst die Majorität des ganzen Wahlbezirks.

Um dieses anschaulich zu machen, sei beispielsweise angenommen, ein Wahlbezirk bestehe aus vier Wahlkreisen A. B. C. D. Die Gesammtzahl der Wähler des ganzen Wahlbezirks betrage 20,000 Stimmen. Stimmten dem Wahlkreise:

A. für die Regierung 2000, gegen dieselbe 2500; B. für die Regierung 1650, gegen dieselbe 2850; C. für die Regierung 1351, gegen dieselbe 3649; D. für die Regierung 5000, gegen dieselbe 1000, so wäre das Resultat: für die Regierung 10,001, gegen dieselbe 9999. —

Darnach hätten zwar die Gegner in 3, die Königstreuen nur in einem Bezirke die Majorität. Dennoch hätte der königstreue Kandidat über den Kandidaten der Gegner gesiegt.

Dasselbe gilt in den Landkreisen. Auch hier kann jede einzelne Ortschaft und in ihr jeder einzelne königstreue Wähler durch Theilnahme an der Wahl seiner Partei den Sieg bringen.

Herzerhebend ist es zu lesen, wie 120 junge preußische Handwerker zu Orla in Rußland dem Aufrufe ihres Königs folgten, um in dem vorigen Jahre ihre Heeres-Pflicht zu genügen. Einer jener wakkern Preußen erzählt davon nach der N. Pr. Z. in einem Briefe an seine Mutter: Der Tag unserer Abreise war derselbe Tag, wo der Kaiser herkam. Schon früh war das Militär auf dem Bahnhofe, ihn zu empfangen. Wir versammelten uns, um Rußland, viele vielleicht für immer, zu verlassen. Es hatten sich viele Neugierige um uns versammelt, die unsern Abmarsch erwarten und mit ansehen wollten. Jeder von uns hatte eine schwarzweiße Schärpe erhalten, und nun ein Musikcorps an der Spitze, marschirten wir unter den Klängen des Liedes „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?" dem Bahnhofe zu. Da öffneten sich die Fenster und manches Lebewohl und mancher Abschiedsgruß wurde uns von den Russen, denen wir liebe Gäste sind, nachgesandt. Auf einmal erschallt Militairmusik vor uns. Der Kaiser ist da und kommt an der Spitze seiner Garden in die Stadt. Wir wollen ausbiegen in eine andere Straße, aber auch das geht nicht mehr und der Kaiser hält plötzlich vor uns. Halt! erschallt es und Alles ist todtenstill. Die Russen, kreideweiß vor Angst, wir, ruhig und gelassen, wartend, was kommen würde. Da reitet der Kaiser, nachdem er uns eine Zeit lang gemustert, heran an uns. „Wer seid ihr?" Preußen, Ew. Majestät. Ich stand ihm zufällig am nächsten und mußte antworten. „Was bedeutet dieser Aufzug?" Wir ziehen in unser Vaterland zurück. „Gefällt es Euch in meinem Lande nicht mehr, oder treibt man Euch hier fort?" Liebe Mutter! da trat ich noch einen Schritt weiter vor und sagte: Nein, Majestät! aber unser König ruft uns, unser Vaterland retten zu helfen, welches der Feind bedroht, und da dürfen wir nicht fehlen! Da leuchtete es hell auf in seinen Augen lange betrachtete er uns, dann sprach er: „Ihr werdet es auch nicht mehr retten!" Mutter! Da zuckte ein heißer Schmerz durch unsere Brust; so groß hatten wir uns die Gefahr nicht gedacht. Dann werden wir uns mit ihm begraben lassen! Das war der Ruf, mit dem wir ihm antworteteten. Da, meine liebe Mutter, habe ich gesehen, wie der Mann, vor dem Millionen zittern, mit Mühe seine Thränen, die ihm in die Augen drangen, zurückhielt. „Zieht in Frieden, thut eure Pflicht, und baut auf Preußens Freunde; es wird nie untergehen, wie sich die Zeit auch gestalten mag. Geht mit Gott!" Dann sprach er einige Worte mit seinem Adjutanten, ein Wink mit der Hand und die Musik vom Garde-Regiment Ingermannland war an unserer Spitze, dann: Präsentirts Gewehr! und unter dem Rufe: „es lebe der Kaiser, es leben die Prussack," unter dem donnernden Ruf der Garde zogen wir weiter.

Und nun die Lehre? — Auch uns ruft der König zu unserer Pflicht. Folgen wir denn gehorsam seinem Rufe bei den Wahlen ohne Scheu, und üben im Kleinen die Treue, welche jene jungen Handwerker so schön bekundeten, als es galt, dem Könige mit Leib und Leben zu dienen. Ist doch die Ausübung unserer Pflicht so leicht, das was unsere Brüder und Söhne erkämpft haben, jetzt „bergen zu helfen."

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem bisherigen Consul in Tönning, Kaufmann C. M. Lexow den Rothen Adl.-Orden 3. Kl. mit der Schleife, sowie dem Kaiserlich französischen agent voyer Jean Beynante zu Thionville und dem Banquier Salomon Bensemann zu Königsberg in Preußen den Königlichen Kronen-Orden 4. Kl. zu verleihen; ferner den Kammerherrn, Erbküchenmeister des Fürstenthums Rügen und der Lande Barth, Rittergutsbesitzer Grafen Ulrich v. Behr-Negendank auf Semlow zum Landrath des Kreises Franzburg, Regierungsbezirk Stralsund zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden 2c. zu ertheilen, und zwar: des Kaiserlich Russischen St. Stanislaus-Ordens 1. Kl. dem General-Stabs-Arzt der Armee Dr. Grimm, des Kaiserlich Russischen St. Stanislaus-Ordens 3. Kl. dem Bürgermeister Witte zu Stallupönen, des Offizierkreuzes des Kaiserlich Mexikanischen Ordens von Guadalupe, dem Konsul Heinrich d'Oleire zu Vera-Cruz, des Großkreuzes des Königlich Sächsischen Albrechts-Ordens, dem Ober-Hofmeister Ihrer Majestät der Königin Kammerherrn Grafen von Nesselrode-Ehreshoven, des Ritterkreuzes desselben Ordens, Hof-Baurath Gottgetreu zu Potsdam, des Ritterkreuzes 2. Kl. des Königl. Bayerschen Civil-Verdienst-Ordens vom heiligen Michael, dem Kaufmann Philipp Overlack zu Cöln, des Ritterkreuzes erster Klasse des Großherzoglich Badischen Ordens vom Zähringer Löwen, dem Kaufmann Adolph Hansemann zu Berlin, des Ritterkreuzes 2. Kl. d. Großherzoglich Oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig, dem Eisenbahn-Bau-Inspektor Menne, des mit diesem Orden verbundenen Allgemeinen Ehrenzeichens 1. Kl. mit der Krone, dem Proviant-Amts-Assistenten Jungklaus zu Düsseldorf und dem Diätar Kunath in der Geheimen Kanzlei des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, des Ritterkreuzes des Herzoglich Braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen, dem Hofrath Hesse im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, des Ritterkreuzes 1. Kl. des Großherzoglich Hessischen Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen, dem praktischen Arzt 2c. Dr. Bardorff zu Frankfurt a. M., des Komthurkreuzes des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens, dem Ober-Land-Forstmeister von Lorentz zu Kassel, des Ritterkreuzes 1. Kl. desselben Ordens, dem Ober-Post-Direktor Braune zu Halle a. S. und dem Ober-Medizinal-Rath Dr. Wild zu Kassel, so wie der Fürstlich Schwarzburgischen Ehren-Medaille, dem Schullehrer Nissen in Berlin, adeligen Guts Seedorf in Holstein.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 1. Februar.

Präsident v. Forckenbeck. Am Ministertisch: Graf Eulenburg, v. Selchow, v. Mühler, Freiherr v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung. Der erste Gegenstand derselben ist die Interpellation des Abg. v. Hennig wegen der gedruckten Stimmzettel bei der Wahl zum Parlament und da der Minister des Innern sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten, befürwortet Abg. v. Hennig seine Interpellation mit kurzen Worten. Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß bei den Wahlen zum Parlament gedruckte Stimmzettel abgegeben werden können.

Es folgt die Interpellation des Abg. Dr. Virchow, wegen des Turnunterrichts. Der Interpellant begründet seine Anfrage durch Aufzählung von Spezialfällen.

Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath Stiehl erklärt, daß politische Gründe oder Anklänge zu der Verfügung nicht Veranlassung gewesen seien, daß dem Kultusminister von der angezogenen Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums nichts bekannt sei. Der Minister will die Förderung des Turnens innerhalb wie außerhalb der Schulen. Die Central-Turnhalle ist lang[illegible] verhindert gewesen. Auf Beklagen der Schulen wurde eine Kommission eingesetzt, auf deren Gutachten der Minister seine Beschlüsse fassen wird.

Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation des Abgeordneten Kratz (Gladbach), welche wir ebenfalls bereits mitgetheilt haben. Dieselbe wird vom Abgeordneten v. Kleinsorgen begründet und vom Kultusminister Dr. v. Mühler dahin beantwortet, daß die Rinderpest sehr energische Maßregeln hervorrufe; bis jetzt sei sie in den westlichen Provinzen nur sporadisch aufgetreten. Was die Entschädigung anbetrifft, so sind solche Fälle, wo Vieh getödtet wurde, als Expropriationen bisher angesehen worden. Das deckt allerdings nicht alle Interessen und es schweben Verhandlungen zwischen dem Kultusministerium und dem landwirthschaftlichen Ministerium, um einen Modus zu finden, der allen geschädigten Interessen Rechnung trägt. Die Regierung hofft, der Pest Herr zu bleiben und es wird allen geschädigten Eigenthümern ein dem Verluste entsprechender Ersatz gewährt werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Commissionen für Handel und Finanzen über zwei Petitionen, betreffend die Gewährung einer Zinsgarantie für die Herstellung einer Eisenbahnlinie Posen-Thorn-Bartenstein. Die Commissionen beantragen Uebergang zur Tagesordnung. Zu diesem Antrage ist ein Verbesserungs-Antrag des Abgeordneten v. Hoverbeck auf motivirte Tagesordnung eingegangen, dahin lautend: „In Erwägung 1) daß die Absicht der Staatsregierung, eine große durchgehende Linie Köln-Kassel-Halle-Guben-Posen-Insterburg, baldigst ins Lebrn zu rufen, nur gebilligt werden kann; 2) daß die Staatsregierung eine Subvention der Eisenbahn-Unternehmungen Posen-Thorn-Insterburg keineswegs zurückgewiesen, vielmehr nur eine bestimmtere Erklärung über die Höhe und Form einer solchen bis zu dem Zeitpunkte hinausgeschoben hat, wo dieselbe durch bestimmt formulirte Pläne hinsichtlich der Modalitäten des Baues der Ausführung näher gerückt sein würden; 3) daß in Bezug auf die in der Petition der Posener Handelskammer erwähnte Linie Posen-Warschau die Hoffnung gehegt werden kann, dieselbe werde durch das Einvernehmen der betheiligten Preußischen und Russischen Regierung baldigst zur Ausführung gelangen, geht das Haus zur Tagesordnung über." — Der Berichterstatter Abgeordneter Dr. Becker erklärt

sich Namens der Commission mit dem Amendement einverstanden. — Abgeordneter Lesse hebt die Bedeutung dieser Bahn für die östlichen Provinzen sowohl in militärischer, wie mercantilischer Beziehung hervor. Er weist darauf hin, daß es im Interesse des Staates liege, eine so fruchtbare Gegend dem Verkehr zu erschließen und empfiehlt die Annahme der motivirten Tagesordnung. — Die Discussion wird geschlossen. — Der Antrag des Abgeordneten v. Hoverbeck wird angenommen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Commissionen für Handel und Finanzen über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols und die Einführung einer Salz-Abgabe. — Ueber die Verhandlungen der Commission haben wir seiner Zeit Mittheilung gemacht. — Der Referent Abgeordneter Dr. Hammacher leitet die allgemeine Discussion ein.

Finanz-Minister v. d. Heydt: Der Zweck der Vorlage hat in der Commission allseitig Anerkennung gefunden. Es handelt sich allerdings um eine große Maßregel und ich bitte mich schon jetzt über die Abänderungs-Vorschläge äußern zu dürfen. Die Regierung hat gegen den Antrag der Commission zu § 8: „die Genehmigung des Landtags zu allen der gesetzlichen Feststellung bedürfenden Bestimmungen der Ausführungs-Verordnung (§ 4), über welche gegenwärtiges Gesetz keine Entscheidung trifft, bleibt dem Landtage vorbehalten" wesentliche Bedenken; denn wenn die Genehmigung nachträglich versagt wird, so ist die Regierung verhindert, Verträge abzuschließen und zur Ausführung zu bringen. Soll das Monopol sobald als möglich beseitigt werden, so bitte ich, diesen Paragraph nicht zu genehmigen, weil derselbe einen unnöthigen Aufenthalt herbeiführen würde. Die Amendements, die eine niedrigere Steuer wollen, glaubt die Regierung nicht unterstützen zu können. So sehr die Regierung wünscht, das Monopol zu beseitigen, so gestattet die gegenwärtige Finanzlage eine solche niedrigere Abgabe nicht. Die Regierung ist einverstanden mit dem in den Amendements ausgesprochenen Wunsche. Sobald die Regierung in der Lage sein wird, eine Ermäßigung der Steuer vorzuschlagen, wird sie es thun. Was den Vorschlag der Contingentirung der Steuern anlangt, so fragt es sich, ob nicht andere Erleichterungen nothwendiger sind. Die Regierung kann dem dahin gehenden Amendement ebenfalls nicht zustimmen.

Abg. Dr. Gneist weist nach, daß die Aufhebung des Salzmonopols nicht nur den Ertrag der Salzsteuer, sondern auch den Werth der Bergwerke erheblich heben werde. Der Finanzminister wird bei einer mäßigen Steuer ein gutes Geschäft machen. Man muß die Steuer gegenwärtig schon mäßig festsetzen; sobald das Monopol gefallen ist, hört der Kampf auf Leben und Tod auf.

Abg. Michaelis (Stettin): Die Vorlage ist von großer Wichtigkeit. Die Aufhebung des Salz-Monopols ist nothwendig, doch muß das, was an die Stelle desselben treten soll, so wenig drückend für die Bevölkerung, wie möglich sein. Die Beseitigung des Salz-Monopols liegt nicht nur im Interesse der großen Gutsbesitzer und Fabrikanten, sondern im Interesse der gesammten Bevölkerung. Eine Voraussetzung liegt vor, deren Beantwortung seitens der Regierung dringend nothwendig ist, nämlich die Frage: Werden wir mit dem Salzmonopol die Einschränkung des Handels mit Salz, d. h. mit denaturirtem Salz los; werden diese Salze, wenn sie in einen Zustand gebracht sind, der sie für den menschlichen Gebrauch nicht geeignet mehr macht, nur an Producenten verabfolgt werden, oder werden sie dem freien Verkehr übergeben? Das ist der entscheidende Punkt. Geschieht dies nicht, so wird die Entwickelung des Salzverbrauchs sehr lange auf sich warten lassen. — Die Festsetzung der Steuer auf Jahre hinaus sei nicht anzurathen, wohl aber eine jährliche Festsetzung derselben, da die Aufhebung des Monopols das Princip der Veränderlichkeit der Steuer erweitere.

Der Regierungs-Commissarius Geh. Finanz-Rath Scheele erwidert, daß es in der bestimmten Absicht der Regierung liege, das denaturirte Salz vollständig dem freien Verkehr zu übergeben. Die veröffentlichten Materialien lassen darüber gar keinen Zweifel.

Abg. v. Hoverbeck: So schwer es mir wird, daß das Salzmonopol auch nur noch einen Tag länger bestehen solle, so muß ich dennoch erklären, daß ich in dieser Form das Gesetz nicht annehmen kann. Wäre ich der Hoffnung, daß in einigen Jahren eine Ermäßigung eintreten wird, so würde ich auch zu diesem Gesetze meine Zustimmung geben; aber ich bin überzeugt, daß, wenn jetzt neue Zollvereins-Verträge abgeschlossen werden, wir für lange Jahre eine Ermäßigung der Steuer unmöglich gemacht haben. Ich habe mit meinem Amendement versucht, einen Weg einzuschlagen, um unseren ärmeren Mitbürgern gerecht zu werden, ohne die Staatskasse erheblich zu drücken. Ich will für die ersten drei Jahre die Steuer von zwei Thalern belassen, dann aber eine allmählige Ermäßigung eintreten lassen, bis im Jahre 1885 das Ziel erreicht und keine Steuer mehr erhoben wird.

Finanzminister v. d. Heydt: Daß die Ermäßigung der Salzsteuer erwünscht ist, kann zugegeben werden. Die Regierung ist aber nicht in der Lage, eine Ermäßigung der Abgabe von vorn herein vornehmen zu können. Wollen Sie eine niedrige Abgabe in den Gesetz-Entwurf aufnehmen, wollen Sie eine unter allen Umständen successive eintretende Ermäßigung in das Gesetz aufnehmen, so kommt der Entwurf nicht zu Stande, sondern es bleibt das Monopol bestehn und die Regierung ist gezwungen, dasselbe sofort in Hannover einzuführen.

Abg. Hagen: Ich habe mich darüber gefreut, daß die Regierung in den Motiven ihrer Vorlage sich so bestimmt ausdrückt, diese Maßregel sei unvermeidlich geworden. Um so mehr bin ich in diesem Augenblicke überrascht worden, daß die Regierung doch möglicherweise die Einführung des Salzmonopols in Hannover beschließen würde. Hr. Abg. Harkort wünscht Kontingentirung der Steuer, während Hr. v. Hoverbeck allmälige Herabsetzung haben will. Das Amendement Virchow will dasselbe, wenn er es auch nicht ausdrücklich sagt. Dieses Amendement entspricht meinen Ansichten am meisten. Wie auch der Hr. Regierungs-Kommissar hervorgehoben hat, sind die bisherigen Verbrauchssteigerungen verhältnißmäßig sehr geringfügige gewesen. Es ist dann die finanzielle Lage des Staates hervorgehoben worden. Das sind aber die gewöhnlichen Worte der Finanzminister, wenn die Volksvertretung eine Ermäßigung einer Steuer verlangt: „die Finanzlage gestattet das nicht." Allein, wo sich so kolossale Ueberschüsse der Einkünfte ergeben, läßt sich eine solche Ermäßigung wohl geben; da wird es sich vollständig rechtfertigen, diese Steuer zu ermäßigen, und darum habe ich mein Amendement gestellt.

Abg. Twesten: Eine wesentliche Erleichterung scheint mir unter den jetzigen Verhältnissen unausführbar. Die Regierung ist zwischen zwei Alternativen gestellt. Sie muß nach der gegenwärtigen Lage der Finanzen das finanzielle Interesse in Preußen wahren; und muß zugleich mit den außerdeutschen Staaten, besonders mit den süddeutschen verhandeln. Die verschiedenen Amendements scheinen mir immer nach der einen oder nach der andern Seite an dem Mangel zu leiden, daß sie gut ausführbar sind. Das einfachste ist unzweifelhaft, das des Herrn Hagen, der die Salzsteuer auf 1 Thlr. 20 Sgr. pro Centner ansetzt. Es würde dadurch doch immer ein Ausfall von über 1 Million in der Einnahme erzeugt werden. Das ist wohl zu beachten. Der Hr. Finanzminister erklärte, daß es nicht möglich sei, eine solche Ermäßigung gegenüber den süddeutschen Staaten eintreten zu lassen. Damit scheint die Sache erledigt. Die Frage allein: Muß das Monopol beendet werden? scheint mir von solcher Wichtigkeit, daß ich deren Aufhebung dringend wünsche. Das Amendement Dr. Virchow's sichert uns ein Steuerbewilligungsrecht. Niemand kann mehr wünschen. Es handelt sich hier nicht darum, daß wir der Regierung eine Konzession machen und dafür von ihr eine verlangen; sondern durch die Aufhebung des Monopols macht uns die Regierung schon eine Konzession. Aber ein Steuerbewilligungsrecht will sie uns nicht einräumen. Das ist klar, denn sie wird die Einnahme der preußischen Regierung nicht von unserer Entscheidung abhängig machen wollen. Bei dem Amendement v. Hoverbeck kommt hinzu, daß ich eine solche Kontingentirung der Salzsteuer, wie er sie will, für unausführbar halte. Bis 1885 werden wir ohnehin zu einer Aufhebung der Salzsteuer gelangen, wir mögen sie jetzt vorsehen oder nicht. Je mehr die Salzsteuer den Charakter einer Kopfsteuer annimmt, um so stärker wird meines Erachtens die Agitation gegen dieselbe sein. Wird diese Steuer zu den gemeinschaftlichen Einnahmen gerechnet, so gehört ihre Bestimmung in das Parlament. Dort ließe sich vielleicht alsdann eine Kontingentirung durchführen; nimmermehr aber in der Gesetzgebung eines Staates für mehrere Staaten. In ähnlicher Lage befindet sich das Amendement Harkort. Die Einwendungen des Hrn. Finanzministers gegen die Kommission scheinen mir nicht richtig. Wir müssen § 8. aufrecht erhalten und fordern, daß die Verträge über die Salzsteuer mit den übrigen Staaten geschlossen, zur Kognition des Hauses kommen, und da dies bei anderen Vertretungen der Fall ist, so müssen wir es auch hier fordern. Das Zustandekommen des Gesetzes halte ich für die alten, wie für die neuen Lande von der unbedingtesten Nothwendigkeit. Ich möchte das Gesetz nicht gefährden dadurch, daß ich Bestimmungen in dasselbe aufnehme, die ich an sich für wünschenswerth halte, von denen ich aber sagen muß, daß die Regierung sie entweder nicht annehmen wird oder den übrigen Staaten gegenüber nicht annehmen kann. Aus diesen Gründen stimme ich für die Kommissionsanträge, aber gegen die weitergehenden Amendements.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Dr. Virchow: Mein Amendement hat vor den übrigen den Vorzug, daß es der Regierung Alles bewilligt, was sie selbst in Anspruch nimmt, und ihr dieses nur für eine beschränkte Zeit zugestehen will. Man hat mein Amendement korrekt genannt, — ich nehme an in Bezug auf die Form; dem Herrn Finanzminister gegenüber hebe ich hervor, daß es auch in Bezug auf die materielle Unterlage korrekt ist. Die Regierung, noch wir können jetzt kalkuliren, wie sich im Laufe der Zeit die Verhältnisse gestalten werden.

Die Regierung befindet sich in der Lage, mit den süddeutschen Regierungen Unterhandlungen zu pflegen, deren Resultat noch zweifelhaft ist. Man will nun in Preußen das Gesetz einführen, um auch die übrigen Staaten dazu zu zwingen. Der Herr Finanzminister wird aber immer die materielle Lage dieser Staaten in Erwägung ziehen müssen. Württemberg und Baden werden eine niedrige Steuer wünschen, nur Baiern allein eine höhere. Wird diese Steuer also nur für eine bestimmte Zeit angesetzt, so werden jene beiden Staaten viel leichter darauf eingehen, und in Württemberg ist gerade diejenige Bevölkerung, welche an Preußen am schwersten Konzessionen mach. Der Herr Finanz-Minister sagte nur, wenn wir diese Steuer nicht gelten ließen, so würde er das Monopol auch in Hannover einführen. Das ist ein sehr gefährlicher Schluß, denn in den Motiven zur Regierungs-Vorlage steht, daß die Einführung des Monopols in Hannover sei. Ich darf also wohl annehmen, daß die Dezenz der freien Rede ihn etwas über seine Intentionen hinausgeführt hat und die volkswirthschaftlichen Rücksichten, die diese diktirten, werden also über diese oratorischen wohl den Sieg davon tragen. Ueber die Frage, welche Erträge erzielt werden, wenn ein freier Betrieb und freie Konkurrenz eröffnet werden, kann heute kein Mensch antworten, weil die Unterlage fehlt. Deshalb ist es sowohl für die Regierung, als für die Landesvertretung von großer Bedeutung, daß sie sich nicht für immer oder für einen sehr langen Zeitraum bindet. In drei Jahren werden wir hinreichende Erfahrungen und Material gesammelt haben, um die Frage beantworten zu können. Daher bitte ich Sie, für mein Amendement zu stimmen. Gegen eine Kontingentirung dieser Steuer muß ich mich ebenso erklären, wie ich es gegen eine Kontingentirung der Mahl- und Schlachtsteuer thun würde. Das richtige Prinzip enthält allein mein Amendement.

Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Meine Herren, ich hatte allerdings übersehen, mich vorhin über das Amendement des Hrn. Abg. Virchow auszusprechen; ich bin ihm sehr dankbar, daß er mich daran erinnert hat und ich habe Einiges darüber zu sagen. Der Herr Abgeordnete erkennt den Satz, den die Regierung als Abgabe Ihnen vorschlägt, nach Lage der Verhältnisse als einen angemessenen an und meint, man werde nicht wohlthun, einen anderen vorzuschlagen. Ich kann für diese Zustimmung ihm sehr dankbar sein, wenn nicht noch eine böse Bedingung daran geknüpft wäre, wenn nicht die Anerkennung bloß für die Dauer von drei Jahren gemeint wäre. Nach diesen drei Jahren soll, wie er sich ausdrückt, das große konstitutionelle Recht geübt werden, überhaupt zu erwägen, ob es sich empfehle, die Abgabe zu ermäßigen oder ihr ganz ein Ende zu machen im volkswirthschaftlichen Interesse des Landes. (Stimme links: Sehr richtig!) Sehr richtig! höre ich sagen; aber sehr richtig ist auch das, daß ein solche Ueberraschung für die Finanzverwaltung etwas stark sein könnte, und vor allen Dingen hat die Finanz-Verwaltung dafür zu sorgen, daß sie jeder Verlegenheit so viel an ihr liegt, vorbeuge. (Sehr richtig! rechts.) Also einem solchen Vorschlage im Voraus zuzustimmen, fehlt es an jeder Veranlassung. Ja, meine Herren, es ist überhaupt anzuerkennen, daß jede Abgabe, jede Steuer eine odiöse Seite habe (Bravo! rechts); es giebt kaum eine Steuer, kaum eine Abgabe, deren Ermäßigung oder deren Beseitigung im volkswirthschaftlichen Interesse nicht als wünschenswerth bestehen könnte. Wäre die bestehende Steuer nicht gesichert, wäre die Finanz-Verwaltung jetzt in der Lage, zur Deckung des Ausgabebedürfnisses Ihnen Steuern vorzuschlagen, die Aufgabe würde für den Finanz-Minister eine sehr schwierige sein. Es giebt kaum eine Steuerabgabe, von der sich nicht sagen läßt, daß es nicht besser wäre, sie nicht zu erheben. Nun muß aber bei einer geregelten Finanzverwaltung den nothwendigen Ausgaben auch die Sicherung geordneter Einnahmen gegenüber stehen. Der Herr Abgeordnete Virchow nimmt nun das Vertrauen für die Landesvertretung in Anspruch. Er meint, die Regierung könne Vertrauen haben, sie würden gewiß das Richtige beschließen zu seiner Zeit. Aber ich mache nur darauf aufmerksam, wie es bei dieser Vorlage ist. Da nimmt die Regierung kein besonderes Vertrauen in Anspruch, sie schlägt Ihnen vor, das Salzmonopol aufzuheben und dafür eine entsprechende Abgabe einzuführen. Wird es nachher möglich sein, die Abgabe zu ermäßigen, ja dann kann die Regierung von Ihnen das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß sie die Initiative ergreifen wird, und das scheint mir doch auch das Richtige, und dann wird die Regierung das Vertrauen haben, daß Sie einem solchen Vertrag zustimmen werden. (Heiterkeit.) Nun meint der Herr Abgeordnete noch in etwas scherzhaftem Tone, indem er auf die Motive der Vorlage hinweist, daß wohl nicht davon die Rede sein könne, das Monopol in Hannover wieder einzuführen, es werde doch so ernstlich nicht gemeint sein. Nun, wir sind ganz rechts der ausgesprochenen Meinung aber ebenso bestimmt sind wir der Meinung, daß nicht in einem Staate zwei verschiedene Systeme bestehen können. M. H., wenn Sie es der Regierung unmöglich machen, das Monopol in den alten Landestheilen aufzuheben, dann zwingen Sie die Regierung, einen Rückschritt zu machen in den hannöverschen Landestheilen und, was ich Ihnen gesagt habe, ist nicht leeres Wort, sondern es ist die Entschließung der königl. Staatsregierung, in diesem Falle im Laufe des Sommers das Salzmonopol wieder aufzuheben. Das ist nicht meine persönliche Ansicht, sondern Entschließung der Regierung. Es würde uns außerordentlich wehe thun, eine solche Maßregel auszuführen, und darum beschwöre ich Sie, setzen Sie die Regierung nicht in die peinliche Lage, dazu schreiten zu müssen; machen Sie es uns möglich, das Monopol zu beseitigen, was ich schon lange gewünscht habe. Schon im Jahre 1862 während meiner kurzen Finanzverwaltung war es meine bestimmte Absicht, dieser Maßregel näher zu treten. Ich hatte die Berichte der Steuerbehörden eingefordert, es war also damals meine Absicht, hiermit vorzugehen. Die Sache ist seitdem in Ruhe geblieben und wer weiß, wenn sie jetzt nicht zu Stande kommt, ob sie nicht zu anderer Zeit auch könnte ruhen bleiben. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme des Gesetzes und die Verwerfung aller solcher Amendements, welche das Zustandekommen des Gesetzes hindern.

Ich benutze, da ich gerade das Wort habe, die Gelegenheit, um auf einige Anfragen in dieser Beziehung zu antworten, ob meine Einwendung gegen den § 8 der Art wäre, daß die Regierung in keinem Falle demselben zustimmen könne. Ich bemerke, daß ich empfohlen habe, den Paragraphen anzunehmen, um nicht einen Aufenthalt in der Ausführung des Gesetzes herbeizuführen. Theilen Sie meine Besorgniß nicht, wollen Sie den Paragraphen annehmen, so sehe ich darin kein Hinderniß für die Regierung, ihm zuzustimmen. (Bravo! rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Abg. Dr. Hammacher (Referent): Ich gebe zu, daß die Steuer, die an Stelle des Monopols gesetzt werden soll, eine der schlimmsten Art ist. Die Kommission hat zwar dem Gedanken Ausdruck geben wollen, daß die Regierung vor allen Dingen auf die Ermäßigung einginge; aber die Erklärung, die der Herr Kommissar abgab war beruhigend. Eine übermäßige Steigerung des Preises ist nicht zu befürchten, wie daß etwa der Staat als Besitzer von Steinsalz-Bergwerken und Salinen sein natürliches Monopol in einem übermäßigen Preise suchen würde. Die Privat-Konkurrenz wird ihm schon die Möglichkeit nehmen, den Preis willkürlich in die Höhe zu treiben. Ich glaube im Sinne der Kommission zu handeln, wenn ich Ihnen empfehle, die Amendements nicht anzunehmen.

Es wird die Spezial-Diskussion über § 1 eröffnet.

Abg. Dr. Löwe (Calbe.) Um die Grundlage für unsere Finanzen immer besser zu machen, müssen wir auf niedrige Preise des Salzes kommen. Der Herr Finanzminister erklärte, daß wir uns heute nicht in der Lage befinden, die Salzsteuer ganz aufzugeben. Ich hatte gehofft, nachdem wir den Staatsschatz so gefüllt haben, daß uns nicht mehr die finanzielle Unmöglichkeit entgegengehalten werden würde. Von einer praktischen Verlegenheit ist nicht die Rede. Es handelt sich nur darum, daß wir die zu erwartende Ermäßigung nicht der Zukunft ohne Garantie überlassen können. Wenn aber das Ding so schwierig ist, daß es leicht stecken bleiben kann, wie man sich ausdrückte, so werden wir erst recht gar keine Hoffnung haben, daß eine Erleichterung eintritt, sobald die Steuer einmal gegeben ist. Die Hoffnungen des Abg. Michaelis kann ich nicht theilen. (Kriegsminister v. Roon tritt ein.) Das Harkort'sche Amendement ist nur gut; wenn es von der Regierung mit solcher Bereitwilligkeit angenommen wird, als wäre es von ihr selbst gestellt. Ich würde für das Amendement Hoverbeck stimmen, wenn ich nicht eine Ablehnung wegen zu weit greifender Pläne fürchtete. Ich wünsche aber, daß wir uns lediglich auf das Amendement Hagen stellen. Lassen Sie den Landtag sich nicht mit der Salzfrage beschäftigt haben, ohne daß das Volk wenigstens eine kleine Erleichterung erhielte.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. v. Blankenburg: Als ich die heutige Tagesordnung vernahm, dachte ich, das hat man sich an den Schuhsohlen abgelaufen; das versteht sich von selbst, daß das Salzmonopol aufgehoben werden muß. Als es nun heute Amendements schneite, da wußte ich nicht, was ich sagen sollte. (Heiterkeit.) Ich konnte mir keine Gründe angeben, die Sie bestimmen sollten, gegen die Regierungsvorlage zu votiren und dem Lande statt des Brodes einen Stein zu geben. Wie wir zu dieser Sache stehen, haben wir vor langen Jahren gezeigt. Wenn der Herr Abgeordnete Löwe meinte, daß wir hierfür kein Herz hätten, so verweise ich ihn auf meinen Bericht vom 19. Februar 1857. Da braucht er die Namen darunter zu lesen, die werden ihm hochkonservativ genug sein. Da haben

wir uns für die Abschaffung aller Salzsteuer ausgesprochen. Dabei wird Herr Löwe sich beruhigen können. Die Bedenken, die Sie gehabt haben gegen die Gesetzesvorlage, beziehen sich alle auf die Höhe der Steuer; Sie übersehen dabei, daß die Beseitigung des Monopols allein schon ein großer Fortschritt ist. Wir werden es auch erleben, daß wir in Preußen dahin kommen, daß die Salzsteuern fallen. Deswegen geht schon das Amendement Hoverbeck viel zu weit. Wer hat denn gesagt, daß 1885 die Salzsteuer noch erhoben werden muß? (Heiterkeit links.) Die Herren da drüben haben ein andere Meinung; Sie sind der Meinung, daß die Stadt Berlin noch länger ihre Cirkelbahn haben soll, das ist ja Ihnen gleich; Sie erweitern ja dadurch Ihre parlamentarische Macht. Damit trösten Sie sich und Berlin. Ich suche praktisch zu erreichen, was zu erreichen ist. Die Salzsteuer ganz aufzuheben, das können wir jetzt nicht verlangen, und darum das Monopol fortbestehen zu lassen, dazu können wir uns nicht entschließen. Sie müssen die Erklärung des Herrn Finanz-Ministers nicht als eine Drohung, sondern als ernste Warnung auffassen; das Salzmonopol mußte sonst in Hannover eingeführt werden und daran würden Sie die Schuld haben. In dieser Beziehung kann ich mich den Ausführungen des Abg. Twesten nur ganz anschließen. Die Privilegien der Herren „Salzjunker" hindern mich nicht, für die Beseitigung des Monopols zu stimmen. Ich weiß nicht, wie sie vor das Land treten wollen und es ihm klar machen, diesen Schaden zu verantworten. Sie haben Ihre Zustimmung zu dem Bau von Eisenbahnen verweigert. (Lebhafter Widerspruch.) Sie verhindern, daß die Ostbahn ein doppeltes Geleise erhält. (Erneuter Widerspruch.) Sie verhindern, daß die Cirkelbahn in Berlin wegkommt. (Nein!) Sie knüpfen sie an Bedingungen, die nicht zu erfüllen sind. (Oho!) Sie machen einen parlamentarischen Staatsstreich. (Oho!) Sie erlangen mehr parlamentarisches Recht. Womit wollen Sie aber das Land trösten, wenn das Salzmonopol nicht aufgehoben wird? Ich bin zuletzt auf den Gedanken gekommen, wie Hr. v. Hoverbeck seine Rede so feierlich einleitete, daß sie am Ende so zu verstehen war: „Ja, liebes Land, es ist ganz einfach, daß das Monopol noch nicht aufgehoben ist, warum hast du diesen Finanzminister?" (Bravo!)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. v. Hoverbeck: So leid es mir thut, muß ich doch den Abgeordneten bitten, den stenographischen Bericht zu lesen. Er wird sich dann überzeugen, daß er gegen Windmühlen gefochten hat. (Heiterkeit.)

Abg. v. Bockum-Dolffs (Unverständlich), scheint sich gegen den Ausdruck „Salzjunker" zu vertheidigen.)

Abg. v. Blanckenbarg: Ich wollte den Herrn v. Hoverbeck erklären, daß ich in meinem ganzen Leben noch nicht mit Windmühlen gefochten habe. Gegen den Herrn Abgeordneten von Bockum-Dolffs . . . (Hier waren die Worte weder auf der linken Seite des Hauses noch auf der Journalistentribüne verständlich. Im Hause ertönten die Rufe: Lauter! und Noch einmal!)

(Schluß folgt.)

Herrenhaus.

Berlin, 1. Februar.

— In der heutigen 23. Sitzung des Herrenhauses eröffnete der Präsident Herr Graf Stolberg-Wernigerode die Sitzung um 1 Uhr mit der Vereidigung des Herrn Fürstenberg-Stqmmheim. Daraufffolgte der Bericht der Finanz-Kommission über die provisorisch erlassenen Verordnungen vom 6. Januar 1866, betreffend die Salzsteuer und den Verkehr mit Salz im Jadegebiet, so wie die Erhebung einer Nachsteuer von Salz im Jadegebiet und die Besteuerung des inländischen Branntweins, sowie die Steuervergütung für ausgeführten Branntwein und die Uebergangs-Abgabe vom zollvereinsländischen Branntwein im Jadegebiet. Der Bericht wurde durch Annahme des Gesetzes erledigt.

Es folgte der Bericht der XI. Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Bewilligung von Reisekosten und Diäten für die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstages zur Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Dafür sprechen die Herren Tellkampf und von Bernuth; dagegen die Herren von Kleist-Retzow, Hasselbach und der Berichterstatter. Das Gesetz wurde hierauf nach dem Antrage der Kommission mit 78 gegen 7 Stimmen verworfen. Schluß der Sitzung 1 Uhr 45 Minuten.

Nächste Sitzung, Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Genossenschafts-Gesetz und kleinere Gegenstände.

In- und Ausland.

Berlin. Für den norddeutschen Bund ist eine Kriegsflagge, eine Flagge der Kauffahrteischiffe und eine Lootsenflagge geschaffen worden. Die Kriegsflagge enthält 4 Felder, von denen das eine eine Zusammenstellung der Preußischen und der Hansestädte-Farben enthält, also einen schwarzen und weißen und einen rothen horizontalen Streifen und in der Mitte einen Preußischen Adler. Die Flagge der Kauffahrtei-schiffe enthält einen schwarzen, weißen und rothen horizontalen Streifen und die Lootsenflagge dieselben Streifen in einem etwa dreimal kleineren Umfange.

— Wie man der „Post" aus Kassel schreibt, liegt der Plan vor, von der gesammten preußischen Monarchie jetzt einen ähnlichen topographischen Atlas anzufertigen, wie er von dem ehemaligen Kurfürstenthum Hessen existirt, und der bekannte Kartograph Kaupert ist dazu ausersehen, an die Spitze der desfallsigen Arbeiten zu treten, die alsbald mit Nassau beginnen sollen und deren Beendigung in der ganzen Monarchie, trotzdem über 100 von Geometern dabei thätig sein werden, eine Zeit von etwa 20 Jahren erfordern dürfte. Voraussichtlich wird es das großartigste Kartenwerk werden, welches existirt.

— Infolge der Vergrößerung der preußischen Marine ist auch das Officier-Corps derselben um ein Bedeutendes verstärkt worden. Demselben gehören jetzt an: 1 Admiral und Oberbefehlshaber, Prinz Adalbert von Preußen, 1 Contre-Admiral, Jachmann, 3 Capitäns zur See, 12 Corvetten-Capitäns, 31 Capitän-Lieutenants, 32 Lieutenants und 32 Unterlieutenants zur See. Das See-Bataillon sowie die See-Artillerie zählen zusammen 6 Stabs-Offiziere, 9 Hauptleute und 21 Premier- und Seconde-Lieutenants. Außerdem gehören der Seewehr an 34 Unter-, 6 Hilfs-Unterlieutenants und 4 Auxiliar-Offiziere, sowie 1 Hauptmann u. 10 Sec.-Lieutenants des See-Bataillons.

— Der Ober-Staatsanwalt Wolf in Königsberg ist commissarisch mit der Wahrnehmung der Ober-Kron-Anwaltschaft in Hannover betraut worden.

— Der Vorstand des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen hat, wie die „Volks-Ztg." meldet, sich an die Herren Dr. Reitlinger und Dr. Horn in Paris mit dem Ersuchen gewendet, dahin zu wirken, daß den deutschen und preußischen Arbeitern, welche die internationale Industrie-Ausstellung in Paris besuchen werden, Seitens des zur Unterbringung französischer Arbeiter aus den Provinzen in Paris zusammengetretenen Spezial-Comités dieselben Vortheile in Bezug auf billiges Mittagsessen im Ausstellungs-Gebäude und Wohnung in den herzustellenden Häusern eingeräumt werden, wie den französischen Arbeitern der Provinz und auf Antrag des Londoner Arbeiterklubs — auch bereits den englischen Arbeitern.

— Wie man hört, ist in der letzten Zeit ein Gegenstand der besonderen Sorge der königlichen Staats-Regierung und Sr. Majestät des Königs die den westlichen Grenzbezirken des Landes durch die Einschleppung der Rinderpest widerfahrene Heimsuchung gewesen und hat Se. Majestät sich täglich darüber Bericht erstatten lassen. Um der Weiterverbreitung dieser Seuche auf alle Weise vorzubeugen, haben die Minister des Handels und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten die Directionen sämmtlicher königlicher Eisenbahnen veranlaßt, die Viehwagen, namentlich diejenigen, in welchen Hornvieh transportirt worden, nach jedem Gebrauch derselben sofort einem Desinfectionsverfahren zu unterwerfen und namentlich dafür Sorge zu tragen, daß hierbei solche Mittel angewendet werden, deren Erfolg durch die Erfahrung schon bewährt ist. Zugleich sind die betreffenden Eisenbahndirektionen aufgefordert worden, den beiden Ministerien binnen drei Monaten über die Ausführung und die Wirkung der Maßregel zu berichten.

Baiern. München, 1. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichsraths beantwortete der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürst Hohenlohe eine Interpellation über seine auswärtige Politik. Der Fürst erklärte unter Anderem, er sehe mit Befriedigung, daß das hohe Haus mit der von ihm im Abgeordnetenhause gegebenen Erklärung einverstanden sei. Dieses Einverständniß befestige die Stellung Baierns. Nur ein Punkt bedürfe noch weiterer Erläuterung: er verstehe unter dem anzustrebenden Bündniß mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten einen auf dem Boden vollkommenster Gleichberechtigung abzuschließenden Staatsvertrag, durch welchen die Integrität des Gebietes und gegenseitige Hülfe bei Gefährdung dieser Integrität gewährleistet werde. Daß ein solcher Vertrag die Freiheit der Entscheidung nicht gleichmäßig vorbehalte, sondern gleichmäßig beschränke, werde dem hohen Hause kaum entgehen. Im Uebrigen bezog sich der Fürst auf seine Erklärungen vom 19. und 23. v. Mts.

München, 1. Febr. Gutem Vernehmen nach ist der Abgeordnete Umbscheiden zum Ministerialrath ernannt worden. Die Arbeiten der Militär-Kommission für die Stuttgarter Konferenzen sind heute beendigt. Der Staatsrath wird in heutiger Sitzung über die Vertagung des Landtages Beschluß fassen.

Oesterreich. Wien, 1. Febr. Nach übereinstimmenden Meldungen der Morgenblätter verweigert die Pforte die gänzliche Räumung der Festung Belgrad, während sie in die Räumung der anderen serbischen Festungen und in eine derartige Reduktion der türkischen Garnison von Belgrad willigt, daß die Okkupation dieses Platzes nur eine nominelle sein würde. Die definitive Erklärung der Pforte sei den in dieser Frage den vermittelnden Mächten Oesterreich und Frankreich noch nicht zugegangen.

Ein österreichisches Kriegsschiff geht heute nach den kandischen Gewässern ab.

Pest, 31. Jan. Die Siebenundsechsziger Kommission hat die Alineas 25—43 des Elaborats der Fünfzehner Kommission angenommen und die nachfolgenden drei Amendements genehmigt: Die Mitgliederzahl der Delegationen wird bei der Detailverhandlung bestimmt. — Die Delegationen werden durch den Kaiser auf einen bestimmten Termin nach dem Orte einberufen, wo der Kaiser zur Zeit sich aufhält. — Der ungarische Finanzminister hat den zur Deckung der gemeinsamen Kosten dienenden Theil der monatlichen Staatseinkünfte monatlich an den Reichs-Finanzminister abzuliefern.

Italien. Das Liebäugeln mit Wien und das Heirathsproject des Thronfolgers, wodurch die Erfahrungen, welche Frankreich mit österreichischen Erzherzoginnen gemacht hat, auch dem modernen Italien wiederum auferlegt werden sollen, haben den Ex-Großherzog von Toscana ermuntert, eine Rechnung bei der italienischen Regierung von circa 50 Millionen einzureichen, die baar oder in Gegenständen, welche er als sein Eigenthum beansprucht, zurückerstattet werden sollen. Gold und Silber, Edelsteine, Möbel kostbare Bilder darunter drei Raphael's, kurz, was an exquisiten Kostbarkeiten in Palästen und Häusern in Florenz ist, verlangt er als sein Privat-Eigenthum zurück und hat auch bereits zur Bequemlichkeit der italienischen Regierung eine Commission ernannt, welche die reclamirten Kostbarkeiten auswählen und fortschaffen soll. — Man berichtet aus Rom: Nachdem ihnen innerhalb der heiligen Stadt der presbyterianische Gottesdienst untersagt worden ist, haben sich die schottischen Geistlichen ruhig in ihrer neuen Ansiedelung vor der Porta del Popolo, niedergelassen, wo sich mit der Zeit eine vollständige protestantische Colonie bilden wird. Der preußische Gesandte in Rom, v. Arnim, hatte den beiden Geistlichen Lewis und Williamson, sobald er von ihrer Vertreibung aus der Stadt hörte, durch Odo Russel die Capelle der preußischen Gesandtschaft zum Mitgebrauche angeboten; doch ließ sich das freundliche Anerbieten nicht annehmen, da schon zwei Gemeinden, die protestantisch-unirte und die Schweizersche (Calvinsche) dieselbe benutzen und sich daher die Stunden des Gottesdienstes schwer zur Befriedigung aller Theile eintheilen lassen.

Florenz, 31. Jan. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat der Kammer eine Gesetzesvorlage gemacht, durch welche die Aktien und Obligationen der Eisenbahnen und anderer vom Staate subventionirter Gesellschaften in Rente umgewandelt werden sollen. Die Kammer hat sich bis zum nächsten Montage vertagt.

Dänemark. Kopenhagen, 1. Febr. Sicherem Vernehmen nach begiebt sich Prinz Johann von Dänemark am Sonntag nach Athen. Gleich nach der Ankunft des Prinzen in Athen erwartet man die Abreise des Königs Georgios nach Kopenhagen.

England. Jassy, 31. Jan. Der Fürst von Rumänien ist in Begleitung des Ministers Stirbey eingetroffen und hier wie auf der ganzen Route mit Enthusiasmus empfangen worden.

Moldau. Petersburg, 1. Februar. Auf Befehl des Kaisers ist für die Anlage einer Bahn von Kursk nach Kiew die Konzession an die Herren Dervis, Meck und Dolgorucki ertheilt worden. Die Länge der Bahn beträgt 438 Werst; das Gründungskapital ist auf 4½ Millionen veranschlagt, bis zu welchem Betrage Obligationen ausgegeben werden. Die Aktien werden ausgestellt in Pfunden, Franks, Thalern und holländischen Gulden.

Petersburg, 30. Jan. Auf Befehl des Kaisers ist die in Petersburg tagende Versammlung der Provinzialstände geschlossen und die Thätigkeit dieser Institution für das Petersburger Gouvernement suspendirt worden. Ferner ist der Vorsitzende, sowie der von Seiten des Petersburger Gouvernements gewählte Ausschuß für diese Versammlung abgesetzt worden; sämmtliche Mitglieder sind entlassen. Als Motiv für diese Anordnung gilt allgemein die gesetzwidrige Haltung dieser Versammlung, sowie das sichtlich hervortretende Streben, Unzufriedenheit und Mißachtung gegen die Regierung zu erwecken.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 2. Februar

(Stadtuhren.) Damit das reisende Publikum nicht irre geführt wird, hat der Magistrat angeordnet, daß die Normaluhr im Artushofe stets die Danziger mittlere Zeit übereinstimmend mit der Bahnhofsuhr — dagegen die Thurmuhr des Rathhauses diejenige Zeit angiebt, welche die Postuhr zeigt.

(Holzdiebstähle.) In der vorgestrigen Nacht ist ein großes Stück von dem Gartenzaun des Gutsbesitzer Cuno in Neuschottland gestohlen worden. Diese Zaundiebstähle werden nachgerade so allgemein, daß fast keine Nacht vergeht, in der nicht in der Umgegend von Langfuhr den Gartenbesitzern Verluste zugefügt werden.

— (Gartenbau-Verein). In der letzten Generalversammlung hat der Gartenbau-Verein für das laufende Jahr den Herrn Garten-Inspektor Schondorff aus Oliva wiederum zum Vorsitzenden gewählt und beschlossen, in diesem Frühjahr eine große Pflanzen-, Gemüse- und Blumen-Ausstellung zu veranstalten.

— (Apotheken-Verkauf). Die Rathsapotheke hierselbst soll für den Preis von 85,000 Thlr. in den Besitz des Herrn Apotheker Holzmann übergegangen sein.

— (Arbeitshaus). Da die Räumlichkeiten des hiesigen Arbeitshauses sich schon jetzt als gänzlich unzulänglich erweisen und das erste Erforderniß desselben, ein Hofplatz fehlt, so wird in einer der nächsten Stadtverordnetensitzungen die Acquirirung eines andern geeigneten Grundstückes auf die Tagesordnung kommen.

(Schwurgerichtssitzung vom 1. Februar c.) Auf der Anklagebank befindet sich das Dienstmädchen Dorothea Dettloff 22 J. alt aus Schmolin, Kreis Neustadt wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Diebstahl. Die Angeklagte, welche im Herbst v. J. auf Zureden ihrer Mutter bei dem Bauer Kirschbaum zu Schmolin in Dienst getreten war gefiel sich daselbst, ungeachtet sie sich einer guten Behandlung zu erfreuen hatte, durchaus nicht und wünschte wieder in einen städtischen Dienst nach Putzig zurückzukehren. Um dies zu ermöglichen, verfiel sie, wie sie selbst angiebt, auf den teuflischen Gedanken das Wohnhaus ihrer Brodherrschaft in Brand zu stecken. Sie benutzte die Gelegenheit der Abwesenheit ihres Brodherrn am 30. November pr. wo sie sich mit der 13jährigen Tochter desselben allein befand, um zunächst aus einer verschlossenen Tischschublade die dort aufbewahrte Summe von 39 tlr. zu stehlen und steckte alsdann einen brennenden Kienspahn in das Strohdach. Das Feuer verzehrte nur einen Theil des Gebäudes und namentlich blieb der erbrochene Tisch unversehrt. In Rücksicht ihres offenen Geständnisses verurtheilte der hohe Gerichtshof die Angeklagte zu der niedrigsten Strafe 10 Jahre Zuchthaus.

Handel und Verkehr.

Stettin, 1. Februar. (St.-Anz.) Weizen 80—86, Frühjahr 84½—85 bez. u. Br. Roggen 56, Februar 55½ bez., Frühjahr 54½—¾ bez. u. G., Rüböl 11½ Br., Februar 11⅓ G., April-Mai 11⅔ bez., Spiritus 16$\frac{7}{12}$ bez., Februar 16$\frac{7}{12}$, Frühjahr 16⅜ Br.

Berlin, 1. Februar. (St.-Anz.) Weizen loco 76—90 Rt. nach Qualität, ord. bunt poln. 82 Rt. ab Bahn bez., Lieferung pr. April-Mai 78½—79 Rt. bez., Mai-Juni 79½—80 Rt. bez., Juni-Juli 80⅞ Rt. bez.

Roggen loco 78—79℔. 55½—55¾ Rt. ab Bahn bez., 79—80℔. 55¾—56 Rt. do., 80—81℔. 56-¼ Rt. do., pr. Februar 55¾—56 Rt. bez., Br. u. G., Februar-März 55¼ Rt. bez., Frühjahr 54⅞—⅝—55 Rt. bez. u. G., ⅛ Br. Mai-Juni 55 bez. u. G. ⅛ Br., Juni-Juli 55—¼ Rt. bez. u. G., ⅜ Br, Juli-August 53⅞—¾ Rt. bez. u. G., 54 Br.,

Gerste, große und kleine, 44—52 Rt. pr. 1750 ℔. —

Hafer loco 26—29 Rt., schles. 27⅝—28½ Rt. bez., sächsischer 28¼ Rt., böhmischer 28½ Rt. ab Bahn bez., pr. Februar u. Februar-März 28 Rt., Frühjahr 28 Rt. bez., Mai-Juni 28⅜ Rt. bez. Juni-Juli 28¾ Rt.

Erbsen, Kochwaare 60—68 Rt., Futterwaare 52—60 Rt. bez.

Rüböl loco, 11⅝ Rt. Br., pr. Januar 11$\frac{19}{24}$—¾ Rt. bez., Januar-Februar 11$\frac{17}{24}$ bis ⅝—$\frac{17}{24}$ Rt. bez., Februar-März 11⅔ bis ⅝—⅔ Rt. bez., April-Mai 11⅚—$\frac{19}{24}$ bis ⅚ Rt. bez. Mai-Juni 11$\frac{11}{12}$ Rt.

Leinöl loco 13¾ Rt.

Spiritus loco ohne Faß 17$\frac{5}{24}$ Rt. bez., pr. Januar 17⅛ Rt. bez., Januar-Februar und Februar-März 17$\frac{1}{12}$—⅙ Rt. bez., Br. u. G., April-Mai 17$\frac{5}{24}$—⅔ Rt. bez. u. G., $\frac{5}{12}$ Br., Mai-Juni 17$\frac{11}{24}$—$\frac{13}{24}$ Rt. bez., Juni-Juli 17¾—⅚ Rt. bez.

Danzig, 2. Februar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126℔. 94, 97½—95, 97½, weiß 100 Sgr.; 127—129℔. 95, 98, 101½—98, 100, 102½ Sgr.; 130,—131/2 ℔., 132—133 ℔. fein 103, 105 106½ Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19/121/22℔., 84, 86½ — 85, 88, Sgr., 122/23—124/25 ℔. 86, 89—89, 91 Sgr., 126/27℔. 90, 92½ 94 Sgr. pr. 85 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.

Roggen, 120 — 122 ℔. 57½—58½ Sgr., 124 — 126 ℔., 59½—60, 60½ Sgr. 127 — 128 ℔. ohne Zufuhr Sgr. pr. 81⅚ ℔. preuß. pr. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4, ℔. 47—48, 49 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102—104℔. 48, 49—49½, 50½, Sgr. 106—108 ℔. 51½, 52 — 53, 54 Sgr. 110 ℔. 53½, 54½ Sgr. pr. gemessenen Scheffel.— Gerste, gr. Malz- 105 — ℔., 52 53 — Sgr. 107—110℔. 53, 53½—53½, 54½ Sgr., 112/114℔. 54½, 55½—55½, 56½ Sgr. pr. 72℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Hafer 27½—30 31 Sgr. pr. 50℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch 62½,— 64, 65 Sgr., abfallende 57 58—59 61 Sgr. pr. 90℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 pr. 8000 % Tr. bez

Danziger Börse.

Börsenverkäufe:

Weizen nominell. Umsatz 60 Last.

Bedungen wurde: für bunt 122/23 ℔. fl. 515, 122/23 ℔. roth fl. 520, bunt 124 ℔., 125 ℔. fl. 540, gut- und hellbunt 119 ℔., 121/22 ℔. fl. 550, 125 ℔ fl. 560, 124 ℔., 127 ℔. fl. 565, 125 ℔. fl. 570, 125 ℔., 126/27 ℔ fl. 580, 128 ℔. fl. 585, 129 ℔. fl. 590, hochbunt 129 ℔., 130 ℔. fl. 612½ pr. 5100 ℔. pr. Last.

Roggen unverändert. 118 ℔. fl. 321, 126 ℔. fl. 360, fl. 363 pr. 4910 ℔. pr. Last.

Hafer fl. 180 pr. 3000 ℔. pr. Last.

Erbsen, weiße, fl. 348, fl. 351 pr. 5400 ℔. pr. Last.

Berliner Börse vom 1. Februar 1867.

Wechsel-Course vom 31.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	143⅞ bz
do. 2 Monat	5	143 bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	151⅞ bz
do. 2 Monat	4	151½ bz
London 1 Lstrl. 3 Monat	4	6. 22⅛ bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80¾ bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	76¼ bz
do do. 2 Monat	5	75¾ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56.22 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3½	56 24 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99¾ G
do. 3 Monat	6	99⅙ G
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	91¼ bz
do. do. 3 Monat	7	89 bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4½	110⅛ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	82½ bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	103⅞ bz
Freiw. Anleihe	4½	99⅝ G
St.-A. von 54—55, 57	4½	99⅝ bz
do. von 59	4½	99⅝ bz
do. von 56	4½	99⅝ bz
do. von 64	4½	99⅝ bz
do. von 50—52	4	90 bz
do. von 53	4	90 bz
do. von 62	4	90 bz
Staats-Schuldscheine	3½	85 bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	3½	121 bz
Kr.- und Nm. Sch.	3½	— —
Od.-Dchb.-Oblig.	4½	— —
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	3½	79¾ bz
do. neue	4	89¼ bz
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	78¾ bz
do. „	4	86¼ bz
Pommersche „	3½	79⅛ bz
do. „	4	89¼ bz
Westpreußische Pfandbriefe	3½	76¾ bz
do. „	4	86 bz
do. neue	4	85½ bz
do. do.	4½	94 bz
Preußische Rentenbriefe	4	90⅜ B

Im Café Chatant in Paris.

Aus „lés odeurs de Paris" von Louis Veuillot.

Welche Luft! welcher Geruch, gemischt aus Tabak, Branntwein, Bier und Gas! Es war das erste Mal, daß ich einen solchen Ort betrat, das erste Mal, daß ich Frauen im Tabaksdampf sah. Um uns saßen aber nicht blos Frauen, sondern auch Damen.

Vor zwanzig Jahren hätte man dieses Schauspiel in ganz Paris vergebens gesucht. Sichtlich hatten diese Damen ihre überwundenen Männer mit sich geschleppt; das niedergeschlagene und mürrische Aussehen der Unglücklichen sagte das deutlich genug. Sie selbst schienen sich ziemlich heimisch zu fühlen. Er hatte Recht, jener alte und ehrliche Kammerdiener, als er mir von seiner auf Abwege gerathenen Marquise sagte: „Man glaubt nicht, was ein ungeschickter Ehemann aus einer feinen Dame machen kann." Und was kann nicht erst eine feine Dame aus einem ungeschickten Ehemann machen! Die Anwesenheit dieser feinen Dame drückte der Gesellschaft einen ganz eigenthümlichen Stempel sozialer Zersetzung auf.

Man wartete etwa eine halbe Stunde, bis alle Plätze besetzt waren. Zuerst kamen einige untergeordnete Subjekte, kleine kreischende, miauende Stimmen, kurz nichts, was die auf unser Glas Bier gelegte Steuer rechtfertigte. Ein Tenor sang, ich weiß nicht was, ein Fräulein, zwei Fräulein sangen, ich weiß nicht was. Man sagt mir, daß diese Fräulein höchstens drei- bis viertausend Franken verdienten; sie waren ohne alle Einfachheit gekleidet. Ein Bariton ließ sich bewundern. Er hatte eine hübsche Stimme und spielte die trübseligste Figur von der Welt. Er sah aus, wie jene alten Volksvertreter vom Berge, an deren Haltung und Kleidung man gleich erkennen sollte, daß sie Denker seien. Sein Lied beschäftigte sich. mit dem Neste, „einem zarten Geheimniß, einem Himmel, den der Frühling segnet, und mit dem Menschen, der ein Vogel auf dieser Erde ist und dem Gott ganz leise sagt: Baue Dir ein Nest." Die Pfeifenraucher, die in diesem Augenblicke weit von ihrem Nest waren und keine Eile hatten, dahin zurückzukehren, hörten mit nassen Augen zu, die kleinen Damen konnten ihre Thränen kaum zurückhalten, die feinen Damen klatschten mit den Fingerspitzen. Der Bariton, kalt wie Eis, in schwarzem Anzuge mit weißen Handschuhen und mit einem Sappeurbart, zuckerte seine letzte Strophe, ohne die Miene eines Mannes zu verlieren, der die Gesetze der Unterwelt zu studiren im Begriffe ist. Dann machte er eine tiefe Verbeugung, ging ab, wurde zurückgerufen, verbeugte sich nochmals, zog sich rückwärts gehend zurück — und ein Beben ging durch den Saal. Sie sollte erscheinen, ein Beifallsdonner kündigte sie an.

Ich fand sie nicht so scheußlich, als man sie mir geschildert hatte. Sie ist eine ziemlich große, ziemlich schlanke Person, ohne einen anderen Reiz als ihren Ruhm, der allerdings ein Reiz ersten Ranges ist. Ich glaube, daß sie einige Haare hat; ihr Mund scheint rund um den Kopf zu gehen, ihre Lippen werden wie bei den Negern durch zwei Wülste ersetzt, ihre Zähne sind die eines Haifisches. Eine Frau neben mir nannte sie „einen hübschen Mulatten." In Summa — aber auch ich habe vielleicht einen Strahl ihres Ruhmes im Auge — sie sieht nicht wie andere Leute aus.

Sie versteht zu singen. Was ihren Gesang betrifft, so ist er ebenso unbeschreibbar, wie das, was sie singt. Man muß Pariser sein, um seine Anziehungskraft zu begreifen, man muß raffinirter Franzose sein, um an seiner vollständigen Albernheit Geschmack zu finden. Darin ist keine Sprache, keine Kunst, keine Wahrheit. Das rafft man aus der Gosse auf, aber es schmeckt auch nach der Gosse. Selbst die Pariser haben nicht alle den Geruchsinn, der zu dieser Trüffel führt. Hat man sie ihnen zubereitet, so schmeckt sie ihnen. Unsere Sängerin hat ihre bewährten Trüffelhunde, die sie versorgen, und sie bereitet mit Meisterschaft die Brühe zu dem Gericht.

Sie spielt ihr Lied ebenso sehr, als sie es singt. Sie spielt mit den Augen, Armen, Schultern, Hüften, und sie spielt kühn. Anmuthiges bemerkt man nicht an ihr, sie bemüht sich im Gegentheil, die weibliche Anmuth zu verderben, aber das ist vielleicht das Pikante, die höchste Würze des Ragouts. Ein Beben lief durch die Zuhörer, ein bewunderndes Murmeln erhob sich aus dem Tabaksrauch, wenn gewisse Stellen vorkamen, deren im Voraus sicherer Erfolg jeder Analyse spottet.

Die Musik hat denselben Charakter wie die Worte, den Charakter verdorbener gemeiner Ueberladung, die übrigens so langweilig ist wie das abgefeimte Gesicht des Rangen. Der Range, der echte Pariser, weint nicht, er schneidet ein weinerliches Gesicht; er lacht nicht, er grinst; er scherzt nicht, er schneidet auf; er tanzt nicht, er springt umher; er ist nicht verliebt, er ist wüst. Die Kunst besteht darin, diese Bestandtheile in ein Liedszusammenzupacken, und unter zehn „Dichtern" gelingt das neun unter Beihilfe der Sängerin. Der Erfolg richtet sich danach, wie stark die Dosis ist.

Das Alles riecht nach alter Pfeife, entwichenem Gas, dem Dunst gegohrener Getränke, und auf dem Grunde findet man die redselige und flache Traurigkeit, die man Langeweile nennt. Die allgemeine Physiognomie der Zuhörerschaft ist eine Art von unterbrochener Starrsucht. Die Leute hier leben blos noch von Püffen, und das ganze Räthsel des Erfolgs gewisser „Künstler" besteht darin, daß sie den stärksten Puff versezzen. Er geht rasch vorüber und der Stammgast fällt in seine Starrsucht zurück. Der gelegentliche Zuschauer eilt hinaus, um sich an der reinen Luft der Gasse zu erfrischen.

Um gerecht zu sein, muß ich gestehen, daß diese Vorstellungen gut organisirt sind, und daß ich die Kunst, die sich im Programm verräth, höchlich bewundert habe. Die große Sängerin ist von sehr untergeordneten Gehilfen umgeben. Ihrem Stück geht ein Vortrag einfältiger Romanzen voraus und sie singt so rasch als möglich nach dem süßlichen: „Baue Dir ein Nest!" Auf diesen weißen Käse folgen sofort der Knoblauch und der überpfefferte Branntwein, der reine Schwedentrank der Dame. Der Puff ist gewaltig, oder, wie man in der Sprache des Orts sagt: „Das kratzt im Rachen!"

Aber dieser Rachen, da nun einmal vom Rachen gesprochen werden muß, dieser thierische Rachen wird von nun an weder Brod, noch Wasser, weder Wein, noch Früchte schmackhaft finden, und man wird ihm künftig faules Fleisch anbieten müssen.

Ueberall braucht man eine Sängerin von dem Genre Theresa. Der Pariser würde nicht in einem Kaffeehause mit Gesang zu sein glauben, wenn es nicht seine Theresa und sein theresalisches Lied hätte. Die wahre Theresa verdient hunderttausend Franken. Neben der „Theresa" des Kaffeehauses treten immer andere Künstler auf, Pianisten beiderlei Geschlechts, Geiger, Harfenspieler, Gaitarrenspieler, Maultrommel-Virtuosen, Trompeter und Tamboure, lauter Leute, denen jede Schwierigkeit ein Spiel ist, mit Ausnahme der Schwierigkeit, täglich drei Franken zu verdienen. In einem Kaffeehause, das dem Bankerott nahe zu sein schien und wo das Gas so verdrießlich brannte, als sähe es voraus, nicht bezahlt zu werden, spielte ein Geiger gute Musik im besten Styl. Wir klatschten zu zweien. Jetzt gab er ein kleines heiteres Stück, das besser gefiel, und entfernte sich nach der Etikette rückwärts, den Kopf näher an den Knien als am Rücken. Denn dieses Publikum in Hemdärmeln, mit der Mütze auf dem Kopfe und der Pfeife im Munde, verlangt, daß der Künstler, der immer im schwarzen Anzuge zu erscheinen hat, „den Rücken krumm mache." Während der Geiger sich verbeugte, rief eine Stimme: „Da capo!" Er nahm wieder Stellung, wiederholte die beiden letzten Takte des Stücks und begann nun eine Reihe von Variationen und Kunststücken, welche Begeisterung erregten. Er ahmte die Glocken, den Gesang der Vögel, den Donner und schließlich das Geschrei des Esels nach. Hier wurde der Beifall rauschend.

Ich hatte genug und brauchte blos noch meine „Vertilgung" zu bezahlen. Sie bestand in einem Glase niederträchtigen Glühweins. Man forderte mir achtundzwanzig Sous ab. Mit dem Trinkgelde für den Kellner machte das etwa doppelt so viel, als eine Arbeiterin, die ein anständiges Mädchen bleiben will, in zwölf Stunden verdienen kann.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Stadtschule wird binnen Kurzem eine mit 200 Thlr. datirte katholische Elementarlehrer-Stelle vacant. Qualificirte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis zum 15. Februar cr. bei uns melden.

Dirschau, den 25. Januar 1857.

Der Magistrat.

Instrumental-Concert in Praust.

Das 2. Concert findet am 18. Februar präcise 6½ Uhr Abends statt.

Programm: 1. Theil. Jubel-Ouverture von Weber. — Lourant G-moll v. Mendelssohn. — Duett für Klavier mit Orchesterbegleitung, vorgetragen von Herrn E. Hirschfeld-Czernlan. — Ouvert. zu „Ossian's Nachklänge" von M. Gade.

2. Th. Ouverture zum Don Juan v. Mozart. — Mephisto-Walzer von F. Lißt (Episode aus Lenau's Faust), vorgetr. v. Herrn Hirschfeld-Czernlan. — Sinfonie No. 7, A-dur v. Beethoven.

Die subscribirten Billets können sogleich aus der Behausung des Dr. Wiedemann abgeholt werden, woselbst auch noch einige Plätze à 20 Sgr. zu haben sind. Abendkasse findet nicht statt.

Praust, den 1. Februar 1867.

Dr. Wiedemann. C. Brown.

Angemeldete Fremde am 1. Februar 1867.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Gutsbes. Hoffschen a. Gr. Gremblin, Ziehm a. Gerdien, Balzer a. Olschoften, Burand nebst Fam. a. Ornassau, Frost a. Adl. Liebenau. Kaufl. M. Jacby. Lindau u. Imberg aus Berlin, Kremer a. Crefeld, Nakauer a. Bingen, Schmidt a. Leipzig, Rech a. Mainz.

Hotel du Nord. Die Herren: Rittergutsbes. von Blücher a. Ostrowitt, v. Tevenar a. Saalau, Gutsbes. Paesler a. Troop, Kaufl. Sommerfeld a. Berlin, Caro a. Breslau, Goün a. Paris, Brills a. Bromberg.

Walters Hotel. Die Herren: Gutsbes. Schubach a. Guttland, v. Gerlach a. Miloczewo, Gutsverwalter Gründler a. Plochoczyn, Hüllmann a. Rohlau, Kaufl. Hrin a. Königsberg, Bock a. Glaskow, Mentz a. Nordhausen.

Hotel de Berlin. Die Herren. Rittergutsbesitzer Kleinau m. Gem. a. gr. Mausdorf, Kaufl. Falk a. Frankfurt a/M. Rülker a. Celle, Pfeil a. Leipzig, Crone a. Berlin, Lange a. Marienburg.

Stadttheater zu Danzig.

Sonntag, den 3. Februar. (Ab. suspendu). **Der Barbier von Sevilla.** Komische Oper in 3 Acten von Rossini. Vorher: **Bei Wasser und Brod.** Dramatischer Scherz mit Ges. in 1 Act von Jacobson.

Montag, den 4. Febr. Das Muttersöhnchen. Lustsp. in 3 Akten von R. Benedix. Hierauf: Zehn Mädchen und kein Mann. Komische Operett in 1 Akt v. Suppé.

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.